## Bürgermeister Mag. Nagl:

Sehr geehrte Besucher! Wir setzen jetzt unsere unterbrochene Gemeinderatssitzung fort. Sie wissen, es ist schon eine langjährige gute Tradition, dass der ÖVP-Gemeinderatsclub gemeinsam mit dem Bauernbund anlässlich der Budgetsitzung Äpfel kredenzt. Dieser Vitaminschub geht auf eine Idee des leider seit vielen Jahren schon verstorbenen Gemeinderates a. D. Peter Fauster zurück. Und gerade nach den Frostschäden des vergangenen Jahres auch an den Grazer Obstkulturen sollen Ihnen diese Grazer Äpfel besonders munden. Danke für die Spende unserer Bäuerinnen und Bauern. (*Applaus*)

## G) Spezialdebatten

## Bürgermeister Mag. Nagl:

Wir setzen nun in der Rednerliste fort, darf nun die Spezialrednerdebatte eröffnen und Frau Gemeinderätin Kreiner zum Rednerpult bitten.

## G.1) Spezialrede von Gemeinderätin Kreiner

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung! Hoher Gemeinderat! Geschätzte Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer auf der Galerie! Wie Sie wissen, komme ich aus dem Leistungssport und darf mich nun auch auf der politischen Bühne einbringen. Es wird Sie nicht überraschen, dass mein Thema auch hier der Sport ist. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass Sport und Bewegung die Basis für ein gesundes Leben darstellen. Ein gesundes Maß an Bewegung tut jedem gut. Das Motto muss meiner Meinung daher lauten: Mehr Bewegung braucht die Stadt. (*Applaus*)

Offenbar ist in unserer Gesellschaft noch zu wenig verankert, wie viel Gutes Sport tatsächlich bewirken kann. Er fördert die Gesundheit, das Leistungsvermögen, die Konzentrationsfähigkeit, aber auch das Selbstbewusstsein. Durch Sport kann man hervorragend Aggressionen abbauen, den Geist stärken und Integration fördern. Ausreichende Bewegung sorgt sogar für bessere Schlafqualität. Und das sind längst nicht alle positiven Effekte.

Leider hat der Sport aber noch lange nicht jenen Stellenwert, der ihm zusteht. Es fehlt nämlich nach wie vor an dem Selbstverständnis und der breiten Akzeptanz dafür, dass eine gewisse Dosis an Sport und Bewegung die Voraussetzung ist, um gesund zu bleiben. In der Stadt Graz sind wir zum Glück schon einen Schritt weiter. Hier bewegt sich etwas, dank der Volkspartei.

Über 100 Millionen wurden hier in den vergangenen 10 Jahren in die Grazer Sportinfrastruktur investiert. Allein in der letzten Periode 2012 bis 2017 davon € 71 Mio., wovon mehr als die Hälfte durch Bund, Land und Partner aufgebracht wurde. Der Spatenstich für ein weiteres wichtiges Projekt erfolgte im Mai dieses Jahres – die Ballsporthalle in der Hüttenbrennergasse. (*Applaus*)

Unter anderem konnten die letzten Jahre folgende Projekte umgesetzt werden: Die Sanierung der Merkur-Arena und die Flutlichtanlage, die Eishalle Liebenau, ASKÖ-Zentrum in Eggenberg, die HIB-Dreifachballsportanlage, diverse Bezirkssportplätze, Kleinanlagen sowie Streetwork-Out-Anlagen.

Man sieht hier, dass einiges Begrüßenswertes sich entwickelt. Dieses setzt sich nun auch im Doppelbudget für die Jahre 2017 und 2018 fort. Vor allem deshalb, weil zum ersten Mal seit zehn Jahren das Sportbudget wieder steigt. In Summe stehen € 700.000 zusätzlich für die Jahre 2017 und 2018 zur Verfügung. (*Applaus*)

Danke an dieser Stelle an die schwarz-blaue-Regierung, hier einen wichtigen Schwerpunkt zu setzen. Der finanzielle Rahmen ist gesteckt, es geht in die richtige Richtung, auch wenn wir noch lange nicht dort sind, wo wir hinsollten.

Beharrlichkeit führt bekanntlich zum Ziel. Das haben Sport und Politik gemeinsam. Und auch mein Ziel ist es, nicht nur für den Sport einzustehen, sondern künftig auch gemeinsam mit unserem Sportstadtrat Kurt Hohensinner mehr Mittel für den Sport herauszuholen sowie das Bewusstsein für die Bedeutung von Sport und Bewegung zu schaffen. Was wir dazu brauchen, wäre eine noch stärkere Sportförderung.

Ich habe heuer im Zuge des Projektes der täglichen Bewegungseinheit sehr viele Volksschulen und Neue Mittelschulen besucht und habe da so meine Erfahrungen gemacht mit den Kindern. Habe auch gesehen, dass es teilweise nicht so positiv war. Dass einfach die Bewegung wirklich eingeschränkt ist bei diversen Übungen zur Koordination, zur Kraft, zur Ausdauer, hat man einfach ganz klar gesehen, dass im Schulbereich einfach viel mehr gemacht gehört. Ja zu dem Thema würde ich sagen, dass auch in den Schulen wichtig wäre, dass man dieses Thema viel bewusster macht, die Aktivitäten wie Wandertage, Sporttage, Schitage, vielleicht auch sogar Schischulwochen noch mehr zu fördern und zu unterstützen.

Weiters: Der Sport lebt von vielen freiwilligen Helfern. Um diese freiwilligen Helfer und Vereine, in welchen diese tätig sind, langfristig zu erhalten, gilt es hier festzuhalten, dass wir nicht nur auf Ehrenamtlichkeit und guten Willen bauen dürfen. Die Unterstützung eben dieser muss erhalten und ausgebaut werden. Nicht nur im Breitensport, auch im Leistungssport.

Wir haben bereits ein tolles Jugendsport-Konzept in Graz. Dieses beinhaltet: Jugendförderung, die Mietförderung, die auch vom Land unterstützt wird, Vereinstage für Schulen, die Sportkurse der Stadt Graz bzw. des Sportamtes. Weiters umfasst dieses Konzept die Sanierung, die Instandhaltung von Neubauten der derzeit 28 Bezirkssportplätze. Somit werden rund 2/3 des Gesamtbudgets für den Jugendsport ausgegeben.

Was passiert aber mit den über 18-Jährigen? Genau hier müssen wir die sportliche Jugend mitnehmen, so gut wie möglich weiter unterstützen und Anreize setzen, dem Sport und in weiterer Folge auch den Vereinen erhalten zu bleiben. Eine leistungsstarke Spitze entsteht nun mal aus der Masse. Ohne Masse keine Spitze. Wenn wiederum die Spitze fehlt, fehlen auch die Vorbilder. Und eben diese Vorbilder bewegen die Massen. Da wäre jetzt für mich auch ein Stichwort der Olympiastützpunkt in Graz, den ich auf jeden Fall ganz stark unterstützen werde. (*Applaus*)

Es ist natürlich notwendig, dass man eben nicht nur etwas für den Gesundheitssport und den Breitensport macht, sondern auch für den Leistungssport und für den Spitzensport.

Mir ist bewusst, dass jedes Ressort für sich beansprucht, das wichtigste zu sein und jeder Verantwortliche für sich das Beste herausholen will. Das ist auch gut so. Jedoch kommt beim Sport noch etwas anderes zum Tragen: Jeder Cent, jeder Euro, der in den Sport investiert wird, erspart der Volkwirtschaft in Zukunft ein Vielfaches an Mitteln, die unter Umständen Reparaturmaßnahmen, sprich für das Gesundheitssystem, ausgegeben werden müssten. Das heißt also: Sport rechnet sich immer! Und darum muss die Bedeutung von Sport außer Streit stehen, über Parteigrenzen hinweg. (Applaus)

Ich denke hier auch noch ein Stück weiter: Sport und Bewegung noch viel mehr zu thematisieren. Deren positive und negative Auswirkungen müssen noch viel mehr kommuniziert werden. Die tägliche Bewegungseinheit, und ich sage hier bewusst nicht die tägliche Turnstunde, fest in den Tagesablauf zu verankern, muss ein Ziel sein.

Ich danke unserem Bürgermeister Siegfried Nagl und Stadtrat Kurt Hohensinner, die die Wichtigkeit im Sport sehen und mir die Möglichkeit geben, meine Ansichten und meine Erfahrungen aus dem Leistungssport in die politische Arbeit einzubringen. Weil es mir ein persönliches Anliegen ist, die Stadt Graz zu bewegen, in sportlicher und politischer Hinsicht. (*Applaus*)

Ich möchte jetzt auch noch an die Stadtregierer ein paar Bälle verteilen. Und zwar, weil der Sport und die Bewegung alle Ressorts betrifft, aber eigentlich nur von einem Ressort unterstützt werden und ich spiele Ihnen jetzt ganz bewusst den Ball zu und auch natürlich den Damen und Herren im Gemeinderat, sich für den Sport und für Bewegung einzusetzen. (*Applaus*)

Gemeinderätin Kreiner wirft den Mitgliedern der Stadtregierung Bälle zu.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Applaus)

## G.2) Spezialrede von Gemeinderätin Mag.a. Taberhofer

## Bürgermeister Mag. Nagl:

Dankeschön. Nächste am Rednerpult wird sein: Frau Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Taberhofer.

# Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Taberhofer:

So, ich wünsche mir nur, dass ich jetzt nicht abgeschossen werde mit den sportlichen Aktivitäten, die gerade verteilt worden sind. (*lacht*)

# Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin, ich kann Sie beruhigen, es ist ein Anti-Stress-Ball.

## **Gemeinderätin Mag.**<sup>a</sup> **Taberhofer:**

Da bin ich froh. Also, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Bereits seit Jahren haben die Kürzungen über den Finanzausgleich bei gleichzeitiger Übertragung von Mehraufgaben an die Kommunen zu spürbaren Einschränkungen der politischen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten geführt und gleichzeitig wurde in den vergangenen Jahren von den politisch Verantwortlichen unserer Stadt zur Lösung der Budgetknappheit die Strategie schrittweiser Auslagerungen und Privatisierung öffentlichen Eigentums umgesetzt, um dadurch hohe Einmalerlöse zur Sanierung des jeweiligen Haushalts zu erzielen. Und damit im Zusammenhang sind natürlich auch die kontinuierlichen linearen Kürzungen in den einzelnen Ressorts zu sehen, die dazu geführt haben, dass die Leistungsfähigkeit der Stadt immer mehr geschwächt worden ist.

Und wie man mit den vorhandenen Mitteln umgeht, ist trotz allem eine Frage der politischen Prioritäten. Im, von ÖVP und FPÖ heute zur Beschlussfassung vorgelegten, Budget zeigt sich das deutlich. Und so sind einerseits kontinuierliche Einsparungen auf Kosten der Qualität erforderlicher kommunaler Leistungen geplant und andererseits besorgniserregende Schritte, die Verschlechterungen im sozialen Bereich mit sich bringen werden, zum Beispiel im Bereich Wohnen durch Änderungen bei den Zugangsvoraussetzungen zu Gemeindewohnungen oder auch bei der SozialCard, wo Hürden zum erschwerten Zugang zu Leistungen eingebaut werden.

Als KPÖ treten wir aber immer konsequent dafür ein, dass für alle Menschen in unserer Stadt, auch für die zukünftigen Generationen, ein gleichberechtigter und verlässlicher Zugang zu den wichtigen Leistungen zu erschwinglichen Preisen gegeben sein muss. Diese kontinuierliche und flächendeckende Erbringung der Leistungen muss auch in einer bestimmten Qualität und in ausreichendem Umfang gewährleistet werden. Und deshalb gilt es, der auch von der derzeitigen Koalition weitergeführten Strategie, nämlich ausschließlich ausgabenseitig auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung zu sparen, wirkungsvolle Maßnahmen der Umverteilung entgegenzusetzen und vor allem auch einnahmenseitig Überlegungen anzustellen, um Reichtum umverteilen und verstärkt in die soziale Sicherheit und in die öffentliche Daseinsvorsorge investieren zu können. Denn aus Sicht der KPÖ sind wachsende Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit unvereinbar.

Im Oktober 2012 wurde in Graz die SozialCard eingeführt. Und damit wurde eine über viele Jahre von der KPÖ geforderte Maßnahme zur sozialen Unterstützung jener Teile der Bevölkerung realisiert, die aufgrund ihres geringen Einkommens unter wirtschaftlich schwierigen Umständen leben müssen und damit Gefahr laufen, gesellschaftlich isoliert zu werden. Die SozialCard ist somit als wichtige Maßnahme zur Armutsprävention zu sehen, in die Leistungen, wie die ermäßigte Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel im Rahmen der SozialCard Mobilität, der Heizkostenzuschuss – jetzt Energiekostenzuschuss, die Schulaktion und die Weihnachtsbeihilfenaktion des Grazer Sozialamtes, die Teilnahme an der Team Österreich Tafel sowie an der Aktion Hunger auf Kunst und Kultur in das Leistungspaket aufgenommen wurden.

Leider ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Ausweitung der Leistungen oder des anspruchsberechtigten Personenkreises in Diskussion, sondern im Gegenteil. Leistungen, wie Weihnachtsbeihilfe oder Heizkostenzuschuss, sollen auf Perspektive eingeschränkt und wieder extra beantragt werden müssen. Als zusätzliche Hürde und schließlich auch Begrenzung des Zugangs zum Erhalt einer SozialCard sind ab Beginn des nächsten Jahres Neuregelungen geplant, nämlich einerseits, dass ein Hauptwohnsitz in Graz seit zumindest 12 Monaten statt bisher 6 Monaten gegeben sein muss und andererseits, dass Drittstaatsangehörige erst nach einem rechtmäßigen Aufenthalt von zumindest 5 Jahren in Österreich und davon 12 Monaten mit Hauptwohnsitz in Graz eine SozialCard beantragen können.

Zwischenruf Gemeinderat Lohr: War höchste Zeit.

## Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Taberhofer:

Der rechtmäßige Aufenthalt von 5 Jahren in Österreich soll als Voraussetzung dann entfallen, wenn ein Nachweis über die Erreichung des Sprachniveaus A2 vorgelegt werden kann und ein Werte- bzw. /Orientierungskurs absolviert worden ist.

Die Zugangsbedingungen zur SozialCard zu erschweren und Geld und Leistungen den Menschen vorzuenthalten, die an und unter der Armutsgrenze leben und deren gesellschaftliche Teilhabe bereits jetzt immer weniger gegeben ist, ist Sparen am falschen Fleck. Es ist die falsche Herangehensweise, um sicherzustellen, dass das Sozialsystem auch künftig finanzierbar sein soll. Für uns als KPÖ ist die finanzielle Absicherung der SozialCard eine wichtige kommunale Aufgabe, die auch künftig gewährleistet sein muss. Denn die Kommunalpolitik hat die Verpflichtung, zielgerichtete Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt zu treffen.

Und in diesem Zusammenhang bedarf es auf Perspektive sicher noch mehr an Unterstützungsformen für Menschen, die an und unter der Armutsgrenze leben. Das gilt vor allem auch für viele der Senioren und Seniorinnen in unserer Stadt, da das Risiko, von Altersarmut betroffen zu sein, bereits jetzt gegeben und vor allem kontinuierlich im Steigen begriffen ist. Denn, ob Arbeiten für einen niedrigen Lohn, Unterbrechungen in der Erwerbsbiographie oder Krankheit, die Ursachen, im Alter nicht über eine ausreichende Pension zu verfügen und arm zu sein, sind vielfältig.

In diesem Zusammenhang sind vor allem auch geschlechtsspezifische Unterschiede hervorzuheben. Die Gründe dafür sind vielfach die, dass Frauen deutlich seltener als Männer in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen tätig sind und somit einen höheren Anteil an dem sogenannten "working poor" darstellen. Das heißt, dass sie trotz Erwerbstätigkeit arm sind. So lag 2015 der Anteil von Frauen in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen österreichweit bei 48 %. Demgegenüber lag der Anteil der erwerbstätigen Männer, die eine Teilzeitbeschäftigung ausüben, bei 11,2 %. Absolut betrachtet arbeiten somit wesentlich mehr Frauen in Teilzeit als Männer und das nicht immer freiwillig, denn in vielen Bereichen gibt es für Frauen gar keine Vollzeitarbeitsplätze mehr.

Besonders bedenklich ist auch, dass vor allem in den untersten Einkommensklassen auch die Stundenlöhne real gesunken sind oder teilweise sogar Kollektivvertragsabschlüsse unter der Inflationsrate erfolgten. Diese prekären Beschäftigungsbedingungen wirken sich in der Folge auch auf die Pension aus, denn in dieser Lebensphase verstärkt sich der existierende Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern noch mehr. Laut einer von der Allianz-Versicherung durchgeführten Studie waren zum damaligen Zeitpunkt von Altersarmut österreichische Frauen dreimal öfter betroffen als Männer. Die durchschnittliche Pension bei Männern lag 2015 bei € 1.378 brutto, während Pensionistinnen dagegen lediglich € 842 brutto im Monat bekamen.

Die Sicherung der Pensionen auf einem menschenwürdigen Niveau ist eine Entscheidung, die auf anderen politischen Ebenen getroffen werden muss, um Altersarmut wirkungsvoll entgegenwirken zu können und um die derzeitige Tendenz, hin zu mehr Altersarmut, zu stoppen. Aber auch auf kommunalpolitischer Ebene gilt es, Maßnahmen im Interesse älterer Menschen zu entwickeln und zu setzen. Denn es ist eine Tatsache, dass Armut im Alter zu mangelnder sozialer Teilhabe führt, die Gesundheit gefährdet und zur Vereinsamung beiträgt. Aus diesem Grund ist es so, dass die Stadt Graz sich leider eben nur einmalig, nämlich im Jahr 2012, auf Antrag der KPÖ, mit einer finanziellen Unterstützung an der Urlaubsaktion für SeniorInnen beteiligt, die je zur Hälfte vom Land Steiermark und den Sozialhilfeverbänden getragen wird. Die Aktion hat steiermarkweit bereits Tradition, doch die Stadt Graz unterstützt die Urlaubsaktion für SeniorInnen als einzige steirische Gemeinde nicht kontinuierlich.

Das waren meine zwei Beispiele, das dritte Beispiel wird sich zeitlich nicht ausgehen. Aber mein Schlusssatz: Wachsende Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit sind für uns als KPÖ unvereinbar. Nur eine gerechte Verteilung des Reichtums und der Einsatz von mehr finanziellen Mitteln kann eine qualitativ hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten und zur sozialen Sicherheit der Menschen in unserer Stadt beitragen.

Bedanken möchte ich mich im Namen der KPÖ bei allen Magistratsbediensteten, die an der Erarbeitung des vorliegenden Voranschlags beteiligt waren. Besten Dank für die Aufmerksamkeit. (*Applaus*)

## G.3) Spezialrede von Gemeinderat Hötzl

## Bürgermeister Mag. Nagl:

Nächster Redner ist Herr Gemeinderat Hötzl.

#### **Gemeinderat Hötzl:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Hoher Gemeinderat! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieses erste gemeinsame Doppelbudget trägt die Handschrift jener Zusammenarbeit zwischen ÖVP und FPÖ, die im April diesen Jahres ihren Anfang genommen hat. Dieses Doppelbudget ist ein verantwortungsvoller Umgang mit überbundenen Verpflichtungen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit einem Schuldendienst, dessen Ursprung in vergangenen Perioden zu finden ist. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Projekten, die in der Vergangenheit beschlossen wurden, bis heute aber noch nicht umgesetzt sind.

Es ist zudem auch ein verantwortungsvoller Umgang mit jenen Verpflichtungen, die den Gebietskörperschaften unterer Ebene, wie wir es auch sind, zunehmend aufgebürdet werden, für die es aber im Finanzausgleich keine adäquate Bedeckung gibt. Flexibilität, Verantwortungsbewusstsein, aber auch Kreativität und Innovation sind die wesentlichen Eckpfeiler dieses Doppelbudgets, das noch einen weiteren vorherbestimmten Parameter zu berücksichtigen hatte.

Nämlich die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik im Laufe dieser Wahlperiode. Auch diese macht dieses Doppelbudget erforderlich. Diese Umstellung auf die Drei-Komponenten-Rechnung, Cash-Flow, Ergebnisrechnung und Vermögensrechnung ist eine Verabschiedung vom alten System der Kameralistik und eine Fortführung der bereits im Land Steiermark umgesetzten Gebarung. Damit werden auch jene Vermischungen, die im Haus Graz durch die unterschiedlichen Systeme, Kameralistik und Doppik, entstanden sind, bereinigt.

In der Gesamtbetrachtung ergeben sich einige Grundsätze, die sich die Agenda-Parteien auferlegt haben. Auf Dauer sollen die Schulden die Betriebsleistung nicht übersteigen. Die Schulden müssen also in einer tragbaren Relation zu den Einnahmen und Investitionen stehen. Dieses System der Kerneinnahmenbetrachtung in Relation zum Schuldenstand ist natürlich sehr vereinfacht, aber im Grunde doch vergleichbar mit der volkswirtschaftlichen Betrachtungsannahme, in der das Verhältnis vom Bruttoinlandsprodukt zu den Schulden in Relation gebracht wird.

Im Zuge einer sogenannten Kerneinnahmenbetrachtung lassen sich für das Jahr 2017 nicht ganz 600 Millionen Euro prognostizieren. Diese Einnahmen setzen sich zusammen aus 320 Millionen Bundes- und Ertragsanteilen und 275 Millionen an eigenen Steuern und Einnahmen. Unter der natürlich nur als theoretischem Denkmodell gedachten Annahme eines extremen Sparkurses sollen diese Schulden der Stadt Graz theoretisch in drei Jahren refinanziert werden können.

Im Folgenden darf ich ein paar Leuchttürme des aktuellen Budgets herausgreifen. Im vorliegenden Doppelbudget wurden im Bereich des sozialen Wohnbaus mit rund 8 Millionen Euro die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass bis Ende des Jahres 2018 insgesamt 84 Wohneinheiten, überwiegend durch Neubau, aber auch durch Dachgeschossausbauten im Altbestand, errichtet werden können. Den bedeutendsten Anteil hierbei hat das Bauprojekt Grünanger und das Bauprojekt Adlergasse/Mitterstraße.

Am Grünanger, dem größten Bauprojekt, werden bis zu 60 Wohneinheiten neu entstehen. Der erste Bauabschnitt wird voraussichtlich Ende 2018 fertiggestellt sein. (*Applaus*)

Das Projekt Adlergasse/Mitterstraße wird ca. 20 neue Wohneinheiten umfassen. Beide Wohnbauprojekte sind seit fast 50 Jahren, gemeinsam mit dem bereits in der vorangegangenen Wahlperiode budgetierten Wohnbauprojekt in der Faunastraße, die ersten Gemeindewohnungen, die durch eigene Bautätigkeit der Stadt Graz realisiert werden. Der letzte Wohnungseigenbau durch die Stadt Graz war das Projekt Laudongasse 12 im Jahre 1969.

Weiters wurde ein umfassendes Sanierungsprogramm in einem Gesamtausmaß von rund 16,5 Millionen für die Jahre 2017 und 2018 veranschlagt. Zum überwiegenden Teil besteht dieses Sanierungsprogramm aus größeren Maßnahmen wie etwa Grundrissänderungen. Ein weiterer Bestandteil dieses Pakets sind thermische Sanierungen in den Bereichen, wo Fenstertäusche aber auch Dämmungen von Fassaden, Dachgeschoss- und Kellerdecken durchgeführt werden. Ebenso Teil der umfassenden Sanierung wird es sein, Einbauten von Aufzugsanlagen in Altbauten. Insgesamt soll es durch dieses Sanierungsprogramm zu einer merkbaren Verbesserung der Wohnqualität, sowohl technisch als auch optisch, kommen. Durch diese Maßnahmen werden wiederum 10 neue Wohneinheiten entstehen.

Zu diesem Ressortbereich zählen weiters ein mit einer Million Euro pro Jahr budgetiertes Erhaltungsprogramm sowie Grundstücksbevorratungen bis Ende 2018 in einer Höhe von 4,8 Millionen Euro. Aber auch über diese Kernprojekte hinaus gibt es in den anderen Ressorts wichtige und die Lebensqualität der Grazer sichernde Maßnahmen, die gerade durch die Agenda 22 neu geschaffen oder zumindest weiterhin dauerhaft gewährleistet werden. Ein kleines, aber erfolgreiches Modell oder Detail dieser vorgestellten Modelle in dieser Hinsicht, ist das sehr positiv angenommene Heimweg-Telefon, das als wichtiges Projekt natürlich weiter fortgeführt und entsprechend budgetiert wird. (*Applaus*)

Auch die Einrichtung eines stadteigenen Erhebungsdienstes wurde bereits in die Wege geleitet und soll entsprechende Verfahren vereinfachen und verschlanken, was letztendlich der Grazer Bevölkerung ebenfalls wieder zugute kommt.

Die Zusammenlegung der Ordnungswache und der Rathauswache ist ein Projekt, das durch diesen Budgetbeschluss realisiert wird und das Doppelgleisigkeiten verhindert, Strukturen vereinfacht und dazu gedacht ist, Synergieeffekte positiv aufzunehmen.

Es muss aber auch im Interesse einer Stadt sein, den Wirtschaftsstandort, den Forschungsstandort und damit auch Arbeitsplätze zu sichern. Die Stadt Graz hat die Aufgabe, Impulse zu setzen, die für Unternehmen attraktiv sind, die dazu geeignet sind, Unternehmensansiedlungen zu gewährleisten, und die Rechtssicherheit für Investoren herstellen und schaffen. Es bedarf ganz konkreter Wirtschaftsanreizsysteme, um die Investitionsfreudigkeit von Unternehmern zu stärken. Diese positiven Effekte am Arbeitsplatz sind die eine Seite, die Kommunalsteuer und die daraus generierten Einnahmen die andere, auf die eine kommunale Gebietskörperschaft wie die Stadt Graz, wie wir es sind, natürlich achten muss. Die Einnahmen aus der Kommunalsteuer bei uns in Graz sind in den letzten Jahren immerhin von 95 auf über 120 Millionen p.a. angestiegen.

Ein in unserem Bereich liegender Ansatzpunkt, hier hilfreich zur Seite zu stehen, sind entsprechende Servicestellen, die dazu geeignet sind, Verfahren zu beschleunigen und auch Großprojekte zügig abzuwickeln. In diesem Zusammenhang sei auf die geplante Errichtung einer Servicestelle in der Bau- und Anlagenbehörde verwiesen, in der eine sogenannte Verfahrenskoordinationsstelle eingerichtet wird, die zu vorgenannten Zwecken dienen soll.

Abschließend halte ich fest, dass es natürlich so ist, dass jeder in seinem Ressort, jeder in seinem Bereich, hier auf der Stadtsenatsbank Wünsche hat, die nicht immer erfüllt werden können. Es gibt Notwendigkeiten, die müssen von einer Stadt erfüllt werden. Wir haben das heute bereits in der Budget-Rede vom Herrn Finanzstadtrat gehört, aber es gibt auch Dinge, die müssen hintangestellt werden. Mit dieser Problematik kämpft vermutlich ein Großteil der Grazer Haushalte ebenso wie es die Stadt Graz selbst tut. Die Erfüllung und Realisierung von Vorhaben, von Wünschen und Plänen wird in wirtschaftlicher Hinsicht von der normativen Kraft des Faktischen oft begrenzt. Es gibt hier Parteien, die in den letzten Jahren so taten, als sei Geld unbegrenzt vorhanden, und die sich bei der Budgetgestaltung jeglicher Gesamtverantwortung entzogen haben, um am Ende lediglich in ihrem eigenen Ressort möglichst große Spielräume zu eröffnen, die dann letztendlich nicht ganz uneigennützig und ebenso wenig frei von Populismus zur parteipolitischen Eigenbewerbung verwendet wurden.

Ich habe vor allem von kommunistischer Seite noch nie wirklich Brauchbares gehört, das dazu geeignet wäre, die Wirtschaft zu beleben, um auf diesem Wege Einnahmen für die Stadt Graz zu generieren. Das kommunistische System fußt darauf, neue Steuern zu schaffen, jemandem etwas wegzunehmen, der tendenziell einfach ein bisschen mehr hat und dann eine sogenannte Verteilungspolitik zum eigenen Vorteil zu gestalten. (*Applaus*)

unverständliche Zwischenrufe

Vor diesem Hintergrund darf man auch gar nicht enttäuscht sein, wenn die KPÖ oder die Grünen hier nicht an einer budgetären Gesamtverantwortung teilhaben wollen. Aber eines kritisiere ich doch, und das stört mich und wohl auch die meisten Grazer sehr empfindlich. Für ihre Vorstellungen von Sozialpolitik, für die Umsetzung ihrer Verteilungspolitik und für manchen sozialromantischen Tagtraum, der wohl eher gefährlich als nutzbringend ist, fordern sie seit Jahren die Bereitstellung ausreichender budgetärer Mittel.

Sie wollen umverteilen, sie wollen ihre politische Klientel bedienen und auf ihre Art durchaus populistisch Wählerstimmen generieren. Kein allzu selbstloser, aber durchaus ein realistischer und nachvollziehbarer Handlungsstrang von politischen Parteien Ihres Strangs. Aber seien Sie dann bitte auch sehr ehrlich, stehen Sie zu einer gewissen Gesamtverantwortung, die auch impliziert, dass man sich nicht nur die budgetären Rosinen herauspicken kann, die es auch mit sich bringt, dass man auch unangenehme Entscheidungen mittragen und transportieren muss und das sind nun einmal mitunter auch Einsparungen.

Zwischenruf Stadträtin Kahr: Habe ja gar keine Rosinen.

## **Gemeinderat Hötzl:**

Ja, für Wehleidigkeit und Demut ist, glaube ich, hier das falsche Podest für Sie.

Ich darf vor allem Ihnen, den Damen und Herren von der KPÖ, eine kleine Replik zu-

kommen lassen. Wenn Sie sagen, die Parteiensubventionen in Graz, bestehend aus

Klub- und Parteiförderung, seien zu hoch bemessen und man könne auch mit der

Hälfte auskommen, gleichzeitig aber bereits um eben diese Förderungen in voller

Höhe angesucht haben. Wir haben übrigens heute einen Antrag eingebracht. Sie ha-

ben noch nach wie vor die Möglichkeit, hier Farbe zu bekennen und auf die Hälfte zu

verzichten. Dann stelle ich mir die Frage, wie ehrlich ist Ihnen die Sache, wie populis-

tisch ist Ihr Vorgehen?

Da ist nicht viel dahinter bei Ihnen. Entlarvend ein zweites Statement dazu von der

KPÖ in einer Grazer Tageszeitung, man spende ohnehin aus diesen Mitteln an die

Grazer. Weshalb muss dieses Geld dann überhaupt das Mascherl der KPÖ tragen? Ist

da wieder diese selbstlose Werbung, weshalb bleibt es nicht in der Stadt Graz und

wird einem dem Steuerzahler nützlichen Zweck zugeführt?

unverständliche Zwischenrufe

**Gemeinderat Hötzl:** 

Vom Steuerzahler für den Steuerzahler gedacht. Auf diesem Weg braucht es die KPÖ

eigentlich gar nicht.

Zwischenruf von Stadträtin Kahr: Damit es net im Speicherkanal verschwindet.

**Gemeinderat Hötzl:** 

Der kommt sowieso, den brauchen wir auch, den Speicherkanal.

Zwischenruf von Stadträtin Kahr: Aber in Graz net.

#### **Gemeinderat Hötzl:**

Die entlarvende Wahrheit ist so leicht zu erkennen, dass sie von den meisten Medien erst gar nicht berichtet wird. Diese angebliche Spendentätigkeit der KPÖ ist ein höchst uneigennütziges Verwalten der Armut, aus dessen Kreislauf die KPÖ ihre Wählerstimmen zu bekommen hofft. (*Applaus*)

Das ist die Realität, meine Damen und Herren von den Kommunisten. Sie sind ebenso wenig uneigennützig wie Sie Budgetexperten sind. Das Kleine verhält sich zum Großen stets so wie das Große zum Ganzen. Der Kommunismus ist in der Welt gescheitert, er wird im umgekehrten Größenschluss auf lange Sicht in der Stadt...

unverständliche Zwischenrufe

## Gemeinderat Hötzl:

Zuhören.

... in Graz und auch in der Steiermark und auf allen Ebenen bei uns auf lange Sicht nicht Bestand haben. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl läutet die Glocke um 14.40 Uhr.

#### **Gemeinderat Hötzl:**

Ein letzter Satz, bitte, Herr Bürgermeister, noch kurz zu den Sozialdemokraten. Wer Jahrzehnte jedes Budget mitgetragen hat, nicht wenige Schulden selbst begründet und keine äquivalenten Gegenwerte geschaffen hat, der möge in budgetären Fragen ein wenig sachlicher auftreten.

Die Budgetexperten der Sozialdemokratie, wer immer das auch sein kann bei Ihnen, waren jedenfalls mediokre Meister einer erschöpfenden Kunst. Mir ist schon klar, Sie müssen sich in ihrer neuen Rolle erst finden, aber ich darf Ihnen empfehlen, ein wenig Ruhe und ein wenig Sachlichkeit in Ihre Diskussion einfließen zu lassen und vielleicht die eine oder andere Stunde zur Selbstreflexion nützen. Wer reichlich Butter auf seinem Kopf hat, glänzt vielleicht in der Sonne kurzfristig, nicht aber im Budget-Gemeinderat der Stadt Graz.

Wenn Sie von Populismus sprechen und in den eigenen Zeitungen von Machtrausch und von Versorgungsjobs orakeln, dann sag ich Ihnen nur ganz kurz, werfen Sie einen Blick auf die Personalpolitik Ihrer Vorgängerin und denken Sie nach, ob Sie Ihre Kritik nicht an Ihre eigenen Reihen wenden sollen.

In Summe halte ich fest, abschließend, nichts Überaschendes, die üblichen Einwürfe jener Parteien, die sich der Gesamtverantwortung entzogen haben, man muss die Dinge ernst nehmen, das gebietet alleine schon der Respekt, auch wenn man fachlich, sachlich auf anderer budgetärer Ebene anderer Meinung ist. Dieses Doppelbudget ist ein erster, ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Wir werden den Kurs der Agenda 22 fortsetzen, wir haben noch viel gemeinsam vor.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeitern der Abteilungen der Stadt Graz, vor allem der Finanzdirektion, bei allen weiteren, die beim Zustandekommen dieses Budgets mitgewirkt haben. Wenn wir heute über diesen Voranschlag abstimmen werden, dann nehmen wir auch die Arbeit und das fachliche Wissen von vielen Mitarbeitern des Magistrates in den eigenen Abteilungen und den politischen Büros respektvoll und dankend an. Ein wichtiger Schritt in die Zukunft, die wir aktiv gestalten wollen. Herzlichen Dank! (*Applaus*)

# G.4) Spezialrede von Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner Bürgermeister Mag. Nagl:

Der nächste Redner ist Herr Gemeinderat Dreisiebner.

#### **Gemeinderat Dreisiebner:**

Zuallererst, liebe Kollegin Marion Kreiner! Ich bin froh für Sie, dass Sie nicht nach dem, was der Kollege Hötzl hier gesagt hat, die Bälle den Stadtregiererinnen und Stadtregierern zuwerfen durften. Ich fürchte, es hätte niemand den Ball fangen können. Es ist eine furchtbare Lähmung eigentlich hier eingetreten, auf Basis dessen, was der Kollege Hötzl hier da von sich gegeben hat und das die Spezialrede der FPÖ darstellen soll. (*Applaus*)

Weil wir gerade dabei sind, auch der Daniela Gmeinbauer darf ich in Erinnerung rufen, Erinnerung vor 20 Jahren: Auch damals sind Straßenbahnen am Abend und am Wochenende sehr ausgedünnt gefahren. Schon richtig, sie fahren auch heute noch ausgedünnt. Auch damals gab es keine Innenstadtentflechtung und wenn eine Veranstaltung war, wenn ein Vorfall war, dann gab es eben in der Herrengasse keine Straßenbahn. Ja, und es haben sich Touristenzahlen und andere Zahlen, und es haben sich Titel für die Stadt geändert. Aber es hat sich auf der ganzen Welt, in der ganzen Gesellschaft und auch in Graz einiges geändert. Vieles zum Guten, manches mag neutral sein und manches zum Schlechten. Das nur einmal eingehend...

unverständliche Zwischenrufe

## **Gemeinderat Dreisiebner:**

...eingehend und etwas reflektierend, auch für dich liebe, Daniela. Es ist vor 20 Jahren nicht alles schlecht gewesen und nicht alles gut. Und nicht alle Leistung hat der Herr Bürgermeister und hat der Gemeinderat erreicht. Vieles konnte beigetragen werden.

Aber jetzt zur wirklichen Zukunft, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe BesucherInnen! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Stadtregiererinnen und Stadtregierer! Heute entnimmt man den Medien einen Vorstoß des Herrn Bürgermeisters Nagl.

Titel: "Man muss sagen, wir wollen diese Autos nicht."

Beim Weiterlesen stellt man dann schnell fest, es geht um Diesel-PKWs, die nach dem Vorbild von Stuttgart und München künftig nicht mehr in die Zentren der Stadt fahren sollen, weil Diesel ebenso entsprechende Emissionswerte hat. Nach dieser vermeintlich klaren Ansage vom Herrn Bürgermeister Nagl folgt sofort das Relativieren. Er legt mitten im Vorstoß sofort den Retourgang ein. Er sagt: In sieben Jahren. Ok, da kann man drüber reden. So sollte diese Maßnahme nicht für das Grazer Stadtzentrum, sondern gleich für den ganzen Groß- und Zentralraum, sprich für die halbe Steiermark, gelten.

Warum ziehen Sie das so auf, Herr Bürgermeister? Geht es Ihnen darum, dass das Vorhaben und die Verantwortung von Ihnen weg, von uns weg, auf möglichst viele ausgeweitet wird, um eben nicht mehr selbst, wir als Gemeinderat, in die Verantwortung gehen zu müssen, Sie als Bürgermeister in die Verantwortung gehen zu müssen? Denn, was Sie gesagt haben, heißt, dass 30, vielleicht 50 Gemeinden das miteinander entscheiden müssten.

Es heißt am Ende, Sie richten wiederum einer anderen Gebietskörperschaft aus, machts was, machts was.

unverständliche Zwischenrufe

#### **Gemeinderat Dreisiebner:**

Wir selber können es nicht. Wir selber können es nicht, wir können es nicht umsetzen. Das ist schon richtig. Aber wir können es wirklich wollen. Und zwar für unser eigenes Stadtzentrum. Und da gab es schon ähnliche Vorstöße von der Umweltreferentin Tina Wirnsberger. Meines Wissens hat auch die Verkehrsreferentin Elke Kahr da ein Stück weit mitgezogen. Jedenfalls das was hier passiert in der politischen Kommunikation unseres Herrn Bürgermeisters, folgt immer wieder einem Muster. Herr Bürgermeister, Sie kündigen gerne freudig und medienwirksam das Beste vom Besten an. Sie geben einen Bürgermeister mit hohem Engagement und mit großer Lust auf Gespräche und Verhandlungen mit allen. Bloß Ihre tatsächlich nach Hause gebrachten Ergebnisse, die Resultate, die halten mit dem allen nicht Schritt.

Warum erwähne ich das? Gerade an jenem Tag, an dem Sie mit Ihrer ÖVP, Herr Bürgermeister, sowie mit Ihrem Koalitionspartner ein Doppel-Budget beschließen werden, ist für mich, für uns, eines jedenfalls festzuhalten: Trotz vieler Worte, trotz großer Ankündigungen, trotz geheimnisvoller Black-Boxes und trotz der Zusicherung einer zukunftsorientierten Entwicklung der Stadt Graz scheitern Sie an Ihren Versprechungen, an Ihren großen Versprechungen. Und ein stückweit wohl auch an Ihrer politischen Wankelmütigkeit.

Die Kehrtwendungen, die Sie, Herr Bürgermeister, im Bereich des ÖV bislang hingelegt haben, sind Legionen: Ja zum Straßenbahnausbau, dann wieder Nein. Ja zur Gondel, die wird dann eingemottet, aber kommt regelmäßig wieder. Elektrobusse statt Tram oder doch wieder Straßenbahnausbau? Ähnliche Kehrtwendungen haben Sie auch in anderen Bereichen bis hin zum Murkraftwerk gemacht.

Aber zurück zur Straßenbahnnetz-Erweiterung: Vor wenigen Wochen haben Sie in einer Pressekonferenz die Agenden für den ÖV-Infrastrukturausbau vor versammelter Medienöffentlichkeit selbst in die Hand genommen. Und im selben Auftritt, im nächsten Satz haben Sie gesagt: Die Linie 8, manche sagen auch Südwestlinie dazu, ist abgesagt. An dieser Linie 8, an dieser Innenstadt-Entflechtung, hängt für den Grazer ÖV, für den ganzen Straßenbahnverkehr, sehr, sehr viel, beinahe alles.

Daran hängt die Innenstadtentflechtung, wenn das Nadelöhr Herrengasse, wie ich schon sagte, durch einen Unfall/Vorfall, durch eine Veranstaltung nicht befahren werden kann, dann ist der Straßenbahnverkehr über weite Teile nicht mehr machbar und muss mit Ersatzbussen beschickt werden. Es braucht diese Entflechtung, damit wir diese Umfahrungsmöglichkeit haben. Damit wir aber die Möglichkeit haben, den permanenten Rückstau von Fahrzeugen, von Straßenbahnfahrzeugen im Bereich der Haltestelle Hauptplatz vor allem auch abzubauen. Warum geht das nicht, dass man, wie Sie es gesagt haben, aus technischen und verkehrlichen Problemstellungen heraus, diese Straßenbahn über den Griesplatz bis zum Roseggerhaus bzw. die Süd-West-Strecke bis Don Bosco und Reininghaus Süd zu bauen?

Geht es da um Priorität der Josef-Huber-Gasse, Verlängerung der Unterführung unter die Südbahnstrecke? Oder um was geht es da wirklich? Geht es da um Priorität, dass alle Autofahrerinnen und Autofahrer weiterhin möglichst unbeschränkt vom Grazer Westen kommend in Richtung Zentrum und Osten der Stadt können? Das ist für mich, für uns die große Frage. Und dann stellt sich die Frage: Was hat es mit den versprochenen stadtentwicklerischen Verbesserungen für den Bezirk Gries, für andere vom Verkehr sehr belastete und benachteiligte Grätzel zu tun?

Keine Priorität mehr für die Senkung von Feinstaub, Bekämpfung von NO<sub>x</sub>, Bekämpfung von Lärm. Keine Priorität für die Gesundheit der Grazerinnen und Grazer, für die Verbesserung der Lebensqualität für alle. Und zwar in allen Stadtteilen. Gerade am Griesplatz, und das findet sich nicht im Budget, sollte eine Neugestaltung stattfinden, eine Verkehrsreduktion stattfinden und die Straßenbahn sollte dorthin fahren. Da waren Beschlüsse da, da hat die ÖVP immer mitgestimmt. Und trotzdem ist sie jetzt nicht mehr vorgesehen im Budget und nicht mehr aufzufinden. Die Zukunft aller Menschen in unserer Stadt, die soll aus unserer Sicht sozial, gerecht, ökologisch, lebenswert und nachhaltig gestaltet werden. In diesem Budget, in dieser Politik, sehen wir dafür wenig Stellenwert. Ihre Stadtentwicklung, Herr Bürgermeister, die soll smart sein.

Aber Sie freuen sich über Baukräne, definieren sich über die Entwicklung von unbebauten Flächen und Stadtteilen. Dabei werden eigene Ziele, Verordnungen, Stadtentwicklungskonzepte, Mobilitätsziele, Mobilitätsmaßnahmen, Konzepte usw., selbst dann am Ende nicht ernst genommen oder nicht ausreichend ernst genommen. Der Unterschied zwischen dem bürgerlichen Osten, der stadtentwicklerisch besser ausgestattet ist und dem zugebauten und zugestauten Grazer Westen wird nicht verbessert, verringert, er wird weiter gefestigt werden mit dieser Politik. (*Applaus*)

Ein nächster Punkt ist, dass vor einigen Jahren eine Grünraumoffensive beschlossen worden ist mit Mitteln aus dem Budget der Stadt Graz, aber auch mit Mitteln aus dem Bereich der Holding. Wenn man heute ins Budget schaut, dann findet man nur mehr einen Schatten dieser Grünraumoffensive, die Mittel sind reduziert. Wir haben sie begonnen, aber sie ist noch nicht fertig. Es ist noch immer so, dass es Stadtteile gibt, Bezirke gibt, wo viel zu wenig Naherholungsraum, Grünraum für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen, die nicht weit fahren können, vorhanden ist und das wird leider so bleiben.

Ich werde mir aber erlauben, dazu einen Abänderungsantrag einzubringen. Auch Kol-

lege Sippel hat darauf schon hingewiesen. Die Frage, was Sie mit diesem Doppel-

budget in Sachen Transparenz den Grazerinnen und Grazern, uns als GemeinderätIn-

nen anbieten, die bleibt eine sehr geheimnisvolle, eine verschlossene, eine Blackbox.

Wofür welche neuen Projekte, wofür das alles ausgegeben wird, ob es neue Projekte

geben soll, das bleibt uns geheim. Vielleicht ist schon alles, der ganze Flieder von Ih-

rer Koalition in Flieder, zugeordnet. Vielleicht ist alles schon vorreserviert. Vielleicht

alles koalitionsintern aufgeteilt. Wir wissen es alle nicht, wir von der Opposition.

Und vielleicht tritt ja wieder Vergleichbares ein wie in der letzten Periode? Ich erin-

nere, damals gab es einen Pakt bezüglich des Budgets zwischen der ÖVP, der SPÖ

und ÖVP und FPÖ über 100 Millionen. 100 Millionen AOG, 100 Millionen für Infra-

strukturprojekt-Reinvestitionen. Diese waren für fünf Jahre vorgesehen. Nach einein-

halb Jahren war nichts mehr da. Und was hat man den Rest, die nächsten zweiein-

halb Jahre, gemacht in etwa? Man hat auf die heutige Periode vorgegriffen und das

heutige Budget belastet mit den weiteren Beschlüssen. Aus unserer Sicht ist das

keine Form einer verantwortungsvollen Zukunftsplanung, die nachhaltig, zukunftsori-

entiert ist. Das geht aus unserer Sicht vollkommen anders.

Zwischenruf Stadtrat Mag. (FH) Eustacchio: Haben fertig.

**Gemeinderat Dreisiebner:** 

Wir haben noch nicht fertig.

Zwischenruf GR Gmeinbauer: Schlusswort, Zeit ist aus-

**Gemeinderat Dreisiebner:** 

Ja.

## Bürgermeister Mag. Nagl:

Die Zeit ist bitte mittlerweile überschritten, um fast zwei Minuten.

#### **Gemeinderat Dreisiebner:**

Ja. Wir hören die vielen Versprechen, dass Sie alles unternehmen in Bezug auf den ÖV-Ausbau. Es sind nicht einmal die Drittel-Finanzierungen, das heißt bei erfolgreichem Abschluss von Agreement, wenn es mit Land und Bund im Budget vorgesehen. Sie sind ja vielleicht in der Blackbox, vielleicht aber auch nicht. Versprochen ist vieles geworden. Wird auch heute wieder und es kommt sehr, sehr wenig an. Für uns fehlt im Bereich der Mittel für Gehsteigausbauten, für Fußgängerinnen und Fußgänger, insbesondere für unsere Schulkinder, für den Radwegausbau, sehr, sehr viel Geld. Und da gibt es nicht die Frage nach einer weiteren Finanzierung durch andere Gebietskörperschaften. Auch dafür ist kein Geld da und wir schließen daraus, dass es am Ende auch mit dem Straßenbahnausbau nicht so ernst gemeint ist, wie es immer wieder vorgegeben wird. Ich lasse mich gerne vom Gegenteil überzeugen und überraschen. Nur glauben können wir es nicht, unsere Vision einer Zukunft wäre eine andere. Unsere Vision wäre eine transparente, wo man sagt, das will ich haben, und das stelle ich ins Budget ein und dann verfolge ich das Schritt für Schritt.

Wir sehen in diesem Budget kein Budget der wichtigen und der richtigen Schritte. Wir sehen in diesem Budget ein Budget von riesengroßen Schritten. Nicht nach vorne, sondern zurück. (*Applaus*)

## G.5) Spezialrede von Gemeinderätin Robosch

# Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin Robosch bitte.

#### **Gemeinderätin Robosch:**

Geschätzte Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ein Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Und als ich mich auf diese Spezialrede vorbereitet habe, habe ich wirklich versucht auf Biegen und Brechen, dieses Zitat nicht zu verwenden. Aber es ist einfach nicht möglich.

Denn es stimmt: Ein Budget gießt Ankündigungen, Ziele und politische Visionen in Zahlen. Es zeigt uns, was unsere Regierenden wollen und für wen sie Politik machen. Und in genau dieser Frage spricht das kommende und auch das vorliegende Budget leider Bände.

Am 05. Februar hat Graz gewählt. Und kurz danach gab es schon den Startschuss für die neue schwarz-blaue Stadtregierung. In den Medien wurde damals, genauso wie in der Bevölkerung, viel darüber diskutiert, welche Agenda da auf uns zukommt. Ob eine Regierung des Sozialabbaus, der Skandälchen und der sozialen Ab-/Ausgrenzung, wie in Schwarz-Blau im Bund 2000 bis 2006 auf uns zukommt oder ein Bündnis des Opportunismus, die keine Fragen beantworten und Fragen lieber aufschieben.

Auch, wenn die ersten Monate dieser Stadtregierung medial zu Recht als laues Lüftchen bezeichnet wurden, hat sich in den letzten Wochen gezeigt, dass es Schlag auf Schlag und schwarz auf weiß einen anderen Ton gibt, den die Stadtregierung hier plant.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben die Aufgabe, in diesem Budget nicht nur die nackten Zahlen zu sehen. Sondern wir haben die Aufgabe, einen politischen Blick auf diese Zahlen zu haben. Und zu sehen, ob die Perspektiven, die uns dieses Budget bietet, auch irgendwas Zustimmungswürdiges hat.

Schauen wir zum Beispiel in den Sozialbereich. Ein Bereich, zu dem unser Langzeit-Bürgermeister allen, die nicht seiner Meinung waren, ausrichten ließ, sie sollen doch nach Wien gehen. Und eine Überheblichkeit, die viele Grazerinnen und Grazer nicht hinnehmen wollen.

Was ist zum Beispiel mit der SozialCard? Bedeutet Reform ab jetzt in Graz, dass man eine sehr anerkannte und funktionierende Einrichtung schlecht macht und aushöhlt, nur weil es einer Partei gerade in den Kram passt? Und heißt das, dass wir Bürgerinnen und Bürgern einfach den Zugang zu Sozialleistungen erschweren möchten?

Die SozialCard ist ein Projekt, das im Ausland und im Inland als echtes Vorbild gelobt wird. (*Applaus*)

Und es ist eine Einrichtung, der die ÖVP in dieser Form, in der sie jetzt besteht, zugestimmt hat. Und ich frage mich, was sich an dieser Zustimmung in den letzten Jahren, außer politischer Opportunismus, geändert hat?

285 Millionen Euro. So viel geben wir in der Stadt Graz für den gesamten Sozialbereich aus. Wie viel davon ist eigentlich die Sozial-Card? 0,5 Prozent, das heißt, 1,5 Millionen Euro. Nur so zum Vergleich: Wir geben ca. 2,3 Millionen Euro für die Ordnungswache aus. Und die Ordnungswache kann im Stadtpark nicht einmal RadfahrerInnen aufhalten.

Und dabei tut die SozialCard, im Gegensatz zu der Ordnungswache, vor allem eines: Sie hilft Menschen. Und zwar ohne langes Anstehen am Amt, ohne soziale Stigmatisierung, ohne Ausgrenzung von Minderheiten. Und zwar, indem sie die Bürgerinnen und Bürger als vollwertige Menschen wahrnimmt. Und diesen Anspruch möchte ihnen Schwarz-Blau jetzt mit neuen Mauern wieder nehmen.

Mit welchem Zweck eigentlich? Einsparungen im Promille-Bereich irgendwann in der Zukunft? Um bürokratische und unmoralische Mauern aufzubauen, nur um sich 2018 vielleicht hinzustellen und zu behaupten, jetzt würden weniger Menschen die SozialCard brauchen? Oder um sich fälschlich damit zu rühmen, dass man die automatische Zahlung abgeschafft hat, um die automatische Zahlung von der Weihnachtsbeihilfe, von dem Heizkostenzuschuss und von der Schulaktion einfach auszulassen? Welches politische Kalkül treibt Sie eigentlich an, wenn Sie 15.000 Menschen in Graz diese Ansprüche nehmen? Und gerade eine christlich-soziale Partei sollte sich eigentlich gegen so eine Politik wehren. (*Applaus*)

Und wenn ich mich nicht irre, dann hat der Sozialtourismus, vor dem sich unser FPÖ-Obmann und Vizebürgermeister so fürchtet, in Graz trotz der SozialCard immer noch nicht eingesetzt. Und als Bürgerin der Stadt der Menschenrechte finde ich, Graz könnte einen schlimmeren Ruf haben kann, als sozial zu sein. (*Applaus*)

Und genau deswegen sage ich: Herr Bürgermeister und Herr Vizebürgermeister! All die Menschen in Graz, die ein soziales Graz haben wollen, werden und wollen sicher nicht nach Wien gehen. Wir werden hier bleiben und wir wollen ein Graz, das für alle funktioniert. Wir wollen ein Graz, das Menschen nicht ausgrenzt und das vor allem nicht nur, weil ein Koalitionspartner ein Statement setzen möchte.

Was also ist diese neue schwarz-blaue Politik in Graz? Außer neue Mauern in der Sozialpolitik? Außer Ausgrenzung im Wohnbereich? Außer einem Bürgermeister, der scheinbar wenig mit Kritik anfangen kann und unzufriedene Menschen einfach nach Wien schicken will?

Darauf gibt dieses vorliegende Budget, auch eine ganz klare Antwort: nämlich Stillstand. Und kaum wo sieht man diesen Stillstand besser als bei der Verkehrspolitik. Es ist heute schon oft angesprochen worden. Kein einziger Cent für neue Bims. Keine neuen und innovativen Lösungen für das Feinstaubproblem. Keine Entflechtung der Innenstadt und keine Visionen.

Man sagt wiedermal den Straßenbahnausbau ab, holt sich Gutachten, die diesen Aufschub rechtfertigen und lenkt mit Prestigeprojekten am Ende der Fahnenstange davon ab, dass die großen Lösungen im Verkehr fehlen. Wenn diese Situation nicht so enttäuschend wäre, dann könnte man Schwarz-Blau eigentlich zu dieser Perspektivenlosigkeit gratulieren.

Graz ist eine wachsende Stadt. Und zu Recht sind wir darauf stolz. Aber vor allem im Verkehr reagieren wir de facto gar nicht auf diesen Wachstum. Wir haben seit zweit Jahren oder seit mehreren Jahren Stillstand und garantieren mit diesem Budget für weitere zwei Jahre Stillstand. Und dabei braucht es genau jetzt Taten. Genau jetzt bräuchte es eine Stadtregierung, die den Straßenbahnausbau aktiv antreibt. In Sachen Verkehr und Luftqualität haben wir es geschafft, durch Aufschub das Schlusslicht in ganz Österreich für Verkehr und Luftqualität zu werden. Und jetzt warten wir auch weiterhin, bis der Individualverkehr weiter steigt und die ganze Stadt beherrscht. Ohne einfach Ambitionen zu zeigen, wird der Bund und das Land auch nicht einsteigen. Und wo genau in diesen Budgets sind eigentlich die Vorsätze des Mobilitätskonzepts 2020? Wo ist die Entflechtung der Herrengasse, ohne die kein weiterer Ausbau der Straßenbahnen möglich ist? Wo ist die Linie 8? Wo ist die Anbindung der SmartCity?

Wir haben bis jetzt immer nur Ankündigungen gehört. Aber genau hier, in diesem Saal, wurde nicht vor allzu langer Zeit die Linie 8 beschlossen. Und nun liegt uns ein Budget vor, das genau diese Linie wieder vergessen hat.

Und ja, mir ist bewusst, dass der Straßenbahnausbau kosten- und mittelintensiv ist. Aber das kann und darf keine Ausrede dafür sein, dass man es wieder aufschiebt, keinen einzigen Cent, nicht einmal eine Drittelfinanzierung im Budget einstellt, aber eine ominöse Blackbox mit 300 Millionen schafft.

Und wenn man es mit den Versprechen im Wahlkampf und in der Agenda 22 ernst meinen würde, dann hätte man auch jetzt die 22 Millionen für die SmartBox, die 46 Millionen für die Reininghaus-Anbindung und die 44 Millionen für den ersten Bauabschnitt der Südwestlinie.

In den Medien hört man aber nur zwei Dinge, vor allem Schuldzuweisungen zu Bund und Land. Aber wir könnten eigentlich jetzt hier stehen und darüber diskutieren, den Landtag gemeinsam zu einer Nahverkehrsabgabe aufzufordern, oder wir könnten hier stehen und darüber diskutieren, dass die ÖVP auch endlich extra Finanzmittel sicher macht, damit wir das auch bewerkstelligen können. (*Applaus*)

Aber scheinbar denkt vor allem die ÖVP nur in kurzen Abständen, vor allem bis zum nächsten Wahlausgang. Und zweitens hört man vor allem die großen Versprechen vom Ausbau der Buslinien. Und es ist in sehr vielen Teilen der Stadt natürlich auch wichtig und sinnvoll. Aber jetzt möchte ich auch noch etwas betonen, was wir alle hier in dem Saal eigentlich auch wissen: Straßenbahnen sind weitaus leistungsfähiger als beispielsweise Busse.

Und als besonderes Schmankerl für die Wirtschaftspartei, ab einem täglichen Personenanteil von 5000 Personen ist sie auch wesentlich wirtschaftlicher. Und dieser Wert wird auf den Linien 31er, 32er und 40er um ein Vielfaches überschritten. Ich frage mich, können wir noch länger als Grazer Öffi-Skandal in Österreich leben? Können wir noch länger die Gesundheit und den Mobilitätswunsch Graz von Grazerinnen und Grazern aufschieben? Ich glaube nicht.

Dieses Budget hat vor allem ein Muster. Ein Muster von Visionslosigkeit und Gemeinheit. Das sieht man an der SozialCard. Das sieht man an den fadenscheinigen Ausreden im Straßenbahnausbau. Das sieht man an der Black-Box und ganz nebenbei einen Schuldenmechanismus nach einem Gerät zu benennen, das man erst findet, wenn das Flugzeug abgestürzt ist, das ist eigentlich keine Leistung.

Bei dem schwarz-blauen Muster zieht sich auch durch, dass man die Geschlechterquote auch wieder einmal vergisst und eigentlich nur Klientel-Politik macht.

Abschließend möchte ich euch sagen: Dieses Budget löst keine Probleme, dieses Budget zeigt keine Perspektiven auf und ich möchte Ihnen, Damen und Herren in den vorderen Reihen, auch einen Dank aussprechen. Danke, dass Sie heute gezeigt haben, für wen Sie Politik machen. Sie machen nämlich keine Politik für die vielen in Graz, Sie machen keine Politik für die Menschen, denen Gerechtigkeit, Vielfalt und friedliches Zusammenleben wichtig sind. Sie machen nur Politik für die 5 % an der Spitze und nicht für die 95 % in Graz. (*Applaus*)

unverständliche Zwischenrufe im Hintergrund